Aufruf zur Zusammenarbeit

Die Landtagswahlen von Nordrhein-Westfalen haben gezeigt, dass das politische Versagen verhängnisvolle Folgen zeigt. In Anbetracht der verfehlten neoliberalen und unsozialen Politik der Bundesregierung ist es der SPD trotz aller Wahlkampfanstrengungen nicht gelungen, ihre früheren Wähler zur Wahlurne zu bringen. Die Enttäuschung war zu groß. Das Ergebnis ist eine CDU/FDP – Regierung in Düsseldorf, von der nichts Besseres zu erwarten ist. Vielmehr ist eine Verschärfung des neoliberalen Kurses zu befürchten – wie wir es aus anderen CDU-geführten Bundesländern kennen.
In dieser Situation ist es Aufgabe der Linken, ein Gegengewicht zu schaffen. Dies ist offenkundig aus vielen Gründen nicht gelungen. Einer der Gründe war auch das Nebeneinander von PDS und WASG. Es hat sich gezeigt, dass auf diese Weise eine attraktive, aussichtsreiche und damit mobilisierungsfähige Alternative nicht zu schaffen ist, auch wenn die WASG – gemessen an den Ausgangsbedingungen – durchaus einen Achtungserfolg erzielen konnte. Dies gilt erst recht, wenn die Bundestagswahlen vorgezogen werden.
Wir appellieren deshalb an alle Beteiligten, nach Wegen der Zusammenarbeit zwischen der PDS und der WASG zu suchen. Nachdem SPD und Grüne - wie CDU/FDP - voll in das neoliberale Gesellschaftsprojekt eingestiegen sind, bedarf es nun dringend parlamentarisch wie außerparlamentarisch eines Bündnisses der Widerstandskräfte. Ein Gegeneinander der verschiedenen kritischen Gruppen und Bewegungen wird in einer solchen Situation nicht nur der Notwendigkeit einer starken linken Alternative nicht gerecht, es trägt auch zu Desorientierung und Verunsicherung vieler kritischer Wähler bei, die sich dann schließlich in die Wohlenthaltung zurückziehen oder auf Dauer dort verbleiben.
Die drei Unterzeichner dieses Aufrufs waren vor Jahrzehnten Bundestagsabgeordnete der SPD, von der sie sich aus politischen inhaltlichen Gründen vor etlichen Jahren getrennt haben. Wir wissen, wie schwierig eine solche Trennung für viele SPD-Mitglieder ist, zumal die SPD jetzt wieder mit ein paar radikalen Thesen versucht, die Seelen ihrer Mitglieder zu trösten, während gleichzeitig die Politik der Ausplünderung des Volkes zugunsten der Kapitalinteressen von der Bundesregierung ungerührt fortgesetzt wird. Umso wichtiger ist es, dass die politisch aktiven Menschen, die die SPD verlassen haben, gemeinsam weiter arbeiten und nicht in der politischen Resignation enden Insofern haben wir die Gründung der WASG begrüßt.
Wir können auch manche Vorbehalte gegenüber der PDS nachvollziehen, aber niemand wird bestreuen können, dass die PDS als einzige Kraft im Bundestag eine konsequente Position gegen die Kriegspolitik bezogen hat. Und niemand wird bestreiten können, dass in dieser Partei eine kritische inhaltliche Diskussion über die neoliberale Wirtschaftspolitik stattfindet, und zwar in einer Weise, die sich von der Diskussion in den übrigen Bundestagsparteien erheblich unterscheidet. Obwohl wir drei mit der PDS durchaus unterschiedliche positive wie negative - Erfahrungen gemacht haben, rufen wir die WASG auf, ihre Vorbehalte gegen die PDS im Interesse einer breiten Oppositionsbildung zurückzustellen.
Einen entsprechenden Aufruf richten wir auch an die PDS. Wenn die PDS eine starke Kraft des demokratischen Sozialismus werden will, muss sie die Zusammenarbeit auch und gerade mit den Menschen suchen, die der Kapital orientierten Politik der SPD den Rücken kehren. Das ist eine Frage einer langfristigen politischen Perspektive, die nicht der kurzfristigen Wahlarithmetik untergeordnet werden sollte.

Auch sonst sollten wahlrechtliche Fragen zunächst nicht in den Vordergrund gerückt werden. Wenn sich ein politischer Wille zur Zusammenarbeit entwickelt, dann werden auch Wege zu finden sein, diesen Willen „wahlrechtskonform" wirksam werden zu lassen - ohne Vereinnahmung und unter Beachtung der politischen Vielfalt. Wenn andererseits Ressentiments wechselseitig gepflegt werden, können leicht aus Vorbehalten trennende Gräben werden.

Aufgrund unserer Erfahrungen im Parlament sind wir weit davon entfernt, die Gestaltungsmöglichkeiten der Linken dort zu überschätzen. Diese Möglichkeiten hängen weitgehend davon ab, ob sich in der Gesellschaft politischer Druck durch soziale Bewegungen entwickelt, der dann auch in den Institutionen nicht ohne weiteres ignoriert werden kann. Die Tribüne des Parlaments kann dann wichtig sein, um die Forderungen der sozialen Bewegungen auch auf dieser Ebene unüberhörbar zu machen und sie zu verstärken. Dafür reichen aber zwei tapfere Frauen, wie sie jetzt von der PDS gestellt werden, nicht aus. Eine arbeitsfähige Fraktion bietet da weitaus größere Interventionschancen.

In einer Zeit

- in der Europa militarisiert wird und globale Kampfeinsätze auch deutscher Soldaten die militärische Planung bestimmen,
- in der das System der Ausplünderung der Völker durch die neoliberale Wirtschaftsordnung mit der Europäischen Verfassung verfestigt und unumkehrbargemacht werden soll,
- in der demokratische Rechte zunehmend der Staatsräson und einem scheinbar alles rechtfertigenden „Antiterrorkrieg" untergeordnet werden,
- in der die Selbstbestimmung von Menschen - Frauen wie Männern - und auch die Erhaltung der natürlichen Grundlagen der Menschheit unter einen Profitvorbehalt gestellt werden

kann niemand, der dem entgegentreten will, die Verantwortung dafür übernehmen, dass in Deutschland aufgrund von Vorbehalten untereinander der Widerstand insgesamt geschwächt wird und bei der kommenden Bundestagswahl in ein verhängnisvolles Gegeneinander mündet.

Wir rufen deshalb beide Parteien auf und hoffen, dass sich möglichst viele diesem Ruf anschließen:

Findet einen gemeinsamen Weg! Die Linke darf bei der Bundestagswahl nicht scheitern!

Erich Meinike **Karl-Heinz Hansen** **Manfred Coppik**

Ich unterstütze diesen Aufruf:

…….....……

Name, Vorname Anschrift Unterschrift

Bitte senden an: Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V., c/o Frankfurter Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69, 60329 Frankfurt am Main, Fax: 069 – 242499.51; E-Mail: Frieden-und-Zukunft@t-online.de